

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

**Ernst Göcke** Porzellan Steingut Kristall.  
Wildruffer Straße 16

Hauptgeschäftsstelle:  
Königsplatz 38/40.

**Begabung-Geld**  
Die Dresdner Zeitung ist für den Besizer bei jeder Zahlungsart ein Recht auf ein Geschenk von 10 Pf. (100 Mark) im Laufe des Jahres. Das Geschenk wird durch die Zeitung selbst besorgt. Die Begabung ist an den Besizer der Zeitung zu machen. Die Begabung ist an den Besizer der Zeitung zu machen. Die Begabung ist an den Besizer der Zeitung zu machen.

**Ausgaben-Zarif.**  
Abnahme von Anzeigen bis nach 12 Uhr, Sonntags nur Anzeigen bis nach 11 Uhr. Die einmalige Zeit kostet 8 Pf. (20 Mark), die zweimalige Zeit auf 12 Pf. (30 Mark). Die dreimalige Zeit auf 16 Pf. (40 Mark). Die vierteljährliche Zeit auf 48 Pf. (120 Mark). Die halbjährliche Zeit auf 96 Pf. (240 Mark). Die jährliche Zeit auf 192 Pf. (480 Mark). Die Anzeigen sind in der Zeitung zu veröffentlichen. Die Anzeigen sind in der Zeitung zu veröffentlichen. Die Anzeigen sind in der Zeitung zu veröffentlichen.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.  
Sammelnummer für sämtl. Telefonanschlüsse: 25 241  
Nachschluß: 11.

**Praktische Weihnachts-Geschenke**  
in Kleinmöbeln, Klubsessel usw.  
**„Raumkunst“**, DRESDEN-A., Viktorialstr. 57.

Die **grössten Portionen** in der Stadt  
**Bären-Schänke** hat.

**Beleuchtungs-Gegenstände**  
für jede Lichtart.  
Anfertigung kunstgewerblicher Beleuchtungs-Körper.  
Grösste Auswahl. Viele Referenzen.  
**Julius Schädlich**, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1336.

## Vernickeln und Schärpen von Schlittschuhen aller Systeme Dresdner Vernickelungsanstalt OTTO BUTTNER, Falkenstraße Nr. 1-3. Fernsprecher Nr. 17359.

### Für eilige Leser am Sonnabend morgen:

**Mittelmäßige Witterung:** Schwache Ostwinde, meist heiter, kalt, vorwiegend trocken.  
Die reichsländische Regierung stellte eine künftliche Unterstützung der Handwerker in Aussicht, die sich an der Ausfertigung des deutschen Handwerks Dresden 1915 beteiligen.  
Die Arbeiten der sogenannten kleinen Strafrechts-Kommission werden voraussichtlich im Hochsommer 1914 beendet werden können.  
Die deutsche Regierung wird den Vorschlag Sir Edward Grens über die Inselfrage, dem Vernehmen nach, gemeinschaftlich mit Oesterreich und Italien beantworten.  
Die deutsch-französischen Verhandlungen über die Kleinasiatischen Bahnen erfahren durch die Feier-tage eine kurze Unterbrechung.  
Leutnant v. Yorkner gab die Erklärung ab, daß er gegen die über ihn verhängte Gefängnisstrafe von 12 Tagen Berufung einlegen werde.  
Die heftigste Erste Kammer nahm den Gesetzentwurf über ein Darlehen von einer Million Mark an die landwirtschaftlichen Genossenschaften an.  
Der oldenburgische Landtag ersuchte die Regierung, dem nächstjährigen Landtag ein Gesetz über die Pflichtfortbildungsschule vorzulegen.  
Die Beschlagnahme von Wiedergaben hervorragender Bildwerke auf Ansichtskarten dauert in Berlin fort.  
Ein Volksmuseum wurde mit Unterstützung der Stadt und zahlreicher wissenschaftlicher Körperschaften in Frankfurt a. M. eröffnet.  
Ministerpräsident Graf Stürgkh verwahrte sich im österreichischen Abgeordnetenhaus nachdrücklich gegen die im Falle Stapsinski erhobenen Beschuldigungen.  
Das englische Parlament ist für den 10. Februar 1914 einberufen worden.

### Die Nationalitätenfrage in Ungarn.

Die Tage, in denen das Madjarentum die fremden Nationalitäten in Ungarn rücksichtslos unterdrücken konnte, scheinen vorbei zu sein. Die Nachhader in Wien sind, wenn nicht alle Anzeichen trügen, zu der Erkenntnis gelangt, daß sie die bisherige Behandlung der fremden Völkereien, die dem Staate und Volke der Madjaren beständig frisches Blut zuführen und zum Teil durch ihren hohen Stand der Kultur zu erheblicher Mächtigkeithaben, aufgeben müssen, wollen sie sie innerlich verhalten und in- und ausländische Schwierigkeiten vermeiden. Das gewalttätige Niederhalten hat der ungarischen Regierung und der herrschenden madjarischen Elite den Haß und die Feindschaft dieser fremden Bestandteile in hohem Maße zugezogen. Unter dieser brutalen Politik leiden am meisten die staatslosen und staatsverhaltenden Völker, die Rumänen und die Deutschen. Auch die Kroaten werden davon betroffen, aber ihr Schicksal ist nicht so unmittelbar mit dem Gedeihen und Blühen des ungarischen Staates verknüpft. Die Kroaten sind niemals sichere Stützen der Regierung in Ofen-Pest gewesen, sie sind künig- und laizierten nur auf Müdigung. Die Zugewandnisse, die Graf Tisza ihnen vor kurzem unter Wiener Druck gemacht hat, und die auf eine Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Karam hinauslaufen, sind daher nur auf Zeit und unter dem Vorbehalt eines loyalen Verhaltens der serbo-kroatischen Bevölkerung erfolgt, sie leisten lediglich einen Waffenstillstand ein, der jederzeit einem neuen Kampfe Platz machen kann. Die Kroaten sind von Autonomiebestrebungen nicht freizusprechen und daher je nach Zeit und Umständen mit Strenge oder mit Milde zu behandeln, aber die siebenbürgischen Deutschen und die Rumänen sind lokale Unterthanen der Stephanuskrone, die im Rahmen des Gesamstaates ihren kulturellen Bedürfnissen leben und ihr nationales Programm verwirklichen wollen.

Erfreulicherweise scheint nun auch gegenüber diesen fremdvölkischen Bestandteilen die Budapest Regierung eine andere Politik einzuschlagen, eine Neuorientierung vorzunehmen. Die Bevorzugten sind allerdings weniger die Deutschen, als vielmehr die Rumänen. Und das aus gewichtigen Ursachen. Gründe der auswärtigen Politik zwingen das Kabinett Tisza, auf die Wünsche der siebenbürgischen Rumänen Rücksicht zu nehmen. Das Selbstbewußtsein der Rumänen im Königreich und außerhalb desselben ist seit den Erfolgen des jungen Reiches im letzten Balkankriege ganz außerordentlich gewachsen. Die Wiener Staatsmänner aber verhandeln nicht, dem neuen großen Zug im rumänischen Staatswesen rechtzeitig Rechnung zu tragen und den Forderungen

Rumäniens Bulgarien gegenüber den nötigen Nachdruck zu verleihen. Der Bidsakurs der Wiener Politik führte dann zu ungar- und österreichfeindlichen Demonstrationen in Bukarest und an anderen Orten, und es konnte nicht ausbleiben, daß jetzt auch die Wünsche der zur Vertreibung der rumänischen Interessen im Auslande gegründeten „rumänischen Kulturliga“ in der Doppelmonarchie eine andere Beachtung und Berücksichtigung erheischen. Nabrelana waren die Beziehungen zwischen Rumänien und der habsburgischen Monarchie durch das mangelnde Entgegenkommen des Madjarentums vergiftet worden, und es ist nur der geschickten Politik Deutschlands in Bukarest gelungen, Umtriebe gegen den Kaiserthron zu verhindern und das Reich König Carol's beim Dreibunde zu erhalten. Heute, da dieser Staat den mächtigsten Faktor auf dem Balkan darstellt, ist es auch für die hochmütigen madjarischen Nachhader unmöglich, den Forderungen der ungarländischen Rumänen länger die Erfüllung zu verweigern, wollen sie nicht die Beziehungen der habsburgischen Doppelmonarchie zum rumänischen Königreich dauernd trüben und dieses letztere in die Arme Rußlands treiben, das seit kurzem sich alle erdunkliche Mühe gibt, die Rumänen für den Dreiverband einzuziehen und ihren Stammesgenossen in Bessarabien eine gewisse nationale Autonomie zugesprochen hat. Die rumänische Frage in Ungarn ist seit der letzten Balkankriegs eine Frage des Dreibundes geworden. Auch die Berliner Stellen haben ein lebhaftes Interesse daran, daß die Nationalitätenfrage in entgegenkommender Weise gelöst wird; sie werden zu gegebener Zeit wohl nicht geizigert haben, auf die Notwendigkeit dieser Lösung hinzuweisen.

Es mag dahingestellt sein, ob Graf Tisza, der ungarische Ministerpräsident, auf einen Druck von Wien aus oder aus eigener Erkenntnis und aus eigener Initiative die Verhandlungen mit den ungarländischen Rumänen eingeleitet hat. Jedenfalls sind sie eingeleitet und sollen nach zuverlässigen Meldungen bereits vor dem Abchluß stehen. Es ist eine eigene Ironie des Schicksals, daß gerade Graf Tisza, einer der rücksichtslosesten Verfechter des ungarischen Staatsgedankens, dazu ausreichen ist, die Nationalitätenfrage zu lösen. Indessen läßt es sich nicht leugnen, daß ein günstiger Stern über den Verhandlungen schwebt. Graf Tisza ist wohl ein eifriger Anhänger der ungarischen Staatsrechte und ein lebhafter Vorkämpfer der ungarischen Vormacht, aber kein Verteidiger der Vorherrschaft der madjarischen Nation in Oesterreich-Ungarn, wie beispielsweise Graf Andrássy, der Führer der jüngst gegründeten gemäßigten Oppositionspartei, des alten Andrássy Sohn, ein von grenzenlosem, nationalem Hochmut erfüllter Politiker, und ist darum für die Durchführung des nationalen Reformprogramms besser geeignet, wie irgend ein Vollblutmadjar. Es wird natürlich nicht möglich sein, alle Wünsche der ungarländischen Rumänen zu erfüllen, immerhin werden sie doch zu einem guten Teile befriedigt werden. Das Kabinett Tisza wird nach den bisherigen Verkaufbarungen vor allem die Wünsche der Rumänen in bezug auf die Wahlreform berücksichtigen und ihnen bei Neuerteilung der Reichstagswahlkreise eine ganze Reihe von Kreisen zugehen, es wird weiter das Gymnasiale Volksschulgesetz revidieren, rumänische Gymnasien und Volksschulen einrichten und auch sonst den kulturellen, sowie den wirtschaftlichen Bestrebungen der Rumänen freieren Spielraum als bisher geben. Die ungarische Regierung verzichtet auf die geplante Errichtung eines griechisch-orientalischen Bistums madjarischer Nationalität und eröffnet den Rumänen schließlich die ihnen bisher verweigerte Beamtenaufbahn. Am wichtigsten sind für die Rumänen die Zugewandnisse einer veränderten Schulpolitik und einer angemessenen Berücksichtigung ihrer Nationalität im ungarischen Reichstag, denn hierdurch erhalten sie erst die Möglichkeit einer vollen nationalen Entfaltung. Mit dem parlamentarischen Einfluß wächst ihre Macht und damit werden sie zu einem mitbestimmenden Faktor im ungarischen Partei- und Staatsleben. Der Segen dieser Entwicklung wird nicht nur Ungarn, sondern dem Kaiserthron überhaupt und weiterhin auch dem Dreibund zugute kommen und die Beziehungen zu Bukarest günstig beeinflussen. Denn man hat, mag man es angenehm empfinden oder nicht, im Königreich Rumänien für die bisherige Ausrottungspolitik der Madjaren nicht nur die Schwäche der Wiener Politik verantwortlich gemacht, sondern auch die Berliner Zentralfelle, weil die Volksauffassung glaubte, die Politik der Wiener Staatsmänner finde in Berlin ihren Rückhalt.

Soweit die Rumänen. Was wird aber aus den Deutschen in Siebenbürgen? Haben sie als geschlossene nationale Völkerei weniger Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Eigenart, ihrer Kultur und Sprache? Mit nichten. Zweieinhalb Millionen Staatsbürger deutscher Nationalität lassen sich nicht einfach beiseite schieben. Das Gebot der Klugheit zwingt dazu, auch ihnen kulturelle Bewegungsfreiheit zu geben. Was man den Rumänen aus Gründen der auswärtigen Politik gewährt, sollte man den mindestens ebenso loyalen deutschen Bürgern aus Gerechtigkeit gewähren. Bisher waren alle Verhandlungen aus Gründen der auswärtigen Politik mit dem Kabinett in Budapest ergebnislos. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Nationalitätenfrage ist das Kabinett Tisza offenbar geneigt, auch den Deutschen entgegenzukommen. Die Regierung hat eine Reform des deutschen Sprachunterrichts in Aussicht genommen und wird der deutschen Sprache in Siebenbürgen in Zukunft neben der madjarischen Gleichberechtigung einräumen. Das ist gewiß zu begrüßen, es ist aber darüber hinaus zu wünschen, daß auch die deutschen Wünsche im ungarischen Reichstag angemessene Berücksichtigung finden, damit die Deutschen nicht vor der sich schnell vermehrenden rumänischen Bevölkerung Siebenbürgens ins Hintertreffen geraten und auf deren Gutmütigkeit bei Vertretung ihrer nationalen Forderungen angewiesen sind.

### Drahtmeldungen vom 19. Dezember.

**Aus dem Bundesrat.**  
Berlin. In der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde den Vorlagen über die Jahreshöchstpreise für die einzelnen Kapitalgüter, über Ergränzungs- und Ausführgeschichtungen zum Kaligeseit und über die deutsche Arzneisatz für 1914 Zustimmung erteilt. Ebenso wurde der Entwurf von Bestimmungen über die Produktionsstatistik der Kohlen-, Eisen- und Hüttenindustrie, der Vorlage über eine Denkschrift über die Rücklage bei den Berufsvereinigungen und den Uebergangsbestimmungen zur Durchführung der hausgewerblichen Krankenversicherung zugestimmt.

**Fragen des Immobilienkredits.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Untersuchung der Zustände auf dem Gebiete des Immobilienkredits in Städten mit industrieller Umgebung und in Industriezentren, sowie zur Gewinnung von Vorarbeiten für die Abklärung von Mißständen hat der Reichsanwalt die Einsetzung einer Sachverständigenkommission für nächstes Jahr in Aussicht genommen. Zur Vorbereitung der Kommissionsverhandlungen fand dieser Tage im Reichsamt des Innern eine Sitzung statt, an der außer den Vertretern des Reichsamts des Innern Kommissare des Reichsjustizamtes und des Reichsstadtsamtes, Kommissare von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Bremen, Hamburg und Schlesw.-Holstein, sowie Sachverständige, die auf diesem Gebiete in Wissenschaft und Praxis sich betätigt haben, teilnahmen, u. a. auch Oberbürgermeister Geh. Rat Dr. Bentler, Dresden. In dieser Vorberedung wurden die Fragebogen geprüft, die den Kommissionsverhandlungen zur Grundlage dienen sollen. Am 1. Januar findet dann im Reichsamt des Innern eine Besprechung mit den Referenten statt. Sobald diese ihre Referate fertiggestellt haben, wird die Kommission, zu der noch 14 Mitglieder des Reichstages nach Vernehmen mit den Fraktionen durch den Reichsanwalt berufen werden, zur ersten Sitzung zusammenberufen, die voraussichtlich im Februar stattfinden soll.

**Der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) In dem Kampfe der Ärzte mit den Krankenkassen in Hannover wird mitgeteilt, daß das Oberverwaltungsamt den Krankenkassen die Ermächtigung aus § 370, an Stelle des Arztes und der Arznei eine Erhöhung des Krankengeldes treten zu lassen, erteilt hat. Die Verhandlungen zwischen den hiesigen Ärzten und Krankenkassen, die bisher ergebnislos verlaufen sind, werden am Montag wieder aufgenommen. — In Guben ist es zu einem vollständigen Bruch zwischen Ärzten und Krankenkassen gekommen.

**Nach Bülow in Kleinlösch.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Nach Bülow beabsichtigt, wie er an den Redakteur Hermann Hofmann, den Verfasser des neuen Werkes über Bülow, schreibt, künftig einen Teil des Sommers in Kleinlösch zu verbringen.

**Der Dreibund über die Inselfrage.**  
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Reichsregierung wird, wie verlautet, den Vorschlag Sir Edward Grens in der Frage der noch von Italien und Griechenland beizehenden Inseln gemeinschaftlich mit den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Italiens beantworten. Die Dreibundmächte haben sich bereits in diesem Sinne verständigt. Da die Inselfrage, so wird hinzugefügt, außerordentlich kompliziert ist und da Italien auf dem Standpunkt stehen dürfte, daß es zwar die von ihm beizehenden Inseln heraus-